

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 281

Dienstag, den 1. Dezember 1931

Jahrgang 104

Der neue Abmangel im Reichshaushalt

Reichskanzler Brüning drängt auf Fertigstellung des Wirtschaftsprogramms

— Berlin, 1. Dez. Das Reichskabinett hat gestern seine Beratungen über die Ausgestaltung der neuen Notverordnung fortgesetzt. Der Kanzler drängt nach wie vor auf mögliche Beschleunigung, um möglichst bis zum Wochenende fertig zu werden, unter allen Umständen aber vor dem Beginn der Beratungen des Völkischen Sonderausschusses wenigstens den einen Teil der Notverordnung, soweit er die Sanierung der öffentlichen Haushalte betrifft, zu verabschieden. In einer offiziellen Notiz wird darauf hingewiesen, daß im Reich für 1931 mit einem Defizit von 400 Millionen gerechnet werden müsse. Das entspricht im wesentlichen auch der bekannten Rechnung, die davon ausgeht, daß das Defizit im Reich etwa 1100 Millionen beträgt, wovon 700 Millionen durch die eingeparteten Tributzahlungen gedeckt sind. Aber diese Schätzung ist nur für den Augenblick richtig. Die Wahrscheinlichkeit spricht nach wie vor dafür, daß am Ende des Etatsjahres das Defizit noch sehr viel größer ist, weil der allgemeine Schrumpfungspiegel sich fortsetzt. Der Berliner Börsenkurier bemerkt: Würden die gegenwärtigen Sätze der Umsatztsteuer verdoppelt und wäre damit der reine Haushaltsfehlbetrag gedeckt, so wäre es immer noch nicht möglich, weitere zwangsläufige Aufwendungen, die dem Reich entstehen, zu decken. Man stehe im Reich vor der Tatsache, daß man nicht wisse, woher für 1931 die Mittel für die zwangsläufigen Ausgaben genommen werden sollen.

Bei dem Plan, die Umsatzsteuer zu erhöhen, denkt man in Regierungskreisen daran, die Umsatzsteuer für Lebensmittel und die Textilindustrie sofort zu pauschalisieren, für andere Zweige soll die Regierung nur eine entsprechende Ermächtigung erhalten. Die Erwartung, daß durch die Erhöhung der Umsatzsteuer Mittel frei werden, um dafür die Hauszinsen zu herabzusetzen, verpflichtet sich mehr und mehr. Man spricht nur noch davon, daß die überhöhten Neubaukosten zwangsweise um 10 Prozent gesenkt werden sollen, wobei dann der dafür erforderliche Betrag von 150 Millionen aus allgemeinen Mitteln zur Verfügung gestellt werden müßte. Ein unbefriedigendes Experiment. Auch die Kapitalertragsteuer scheint tatsächlich wieder aus der Verfertigung herausgeholt zu werden. Allerdings nur für festverzinsliche Werte, für andere wäre sie ja auch unter den gegebenen Zeitverhältnissen zwecklos. Ob dabei aber ein Ertrag herauskommt, der auch nur die Aufbringungskosten lohnt, scheint zweifelhaft.

Die Gerüchte von einer neuen Kürzung der Beamtengehälter wollen nicht verstummen, sind aber zurzeit mindestens noch unrichtig. Das Kabinett hat sich dahin verständigt, daß es diese Frage ganz an den Schluß stellt, daß also zunächst der Versuch gemacht werden soll, das für den Ausgleich des Etats notwendige Geld aufzubringen, ohne an die Beamtengehälter heranzugehen, und daß erst, wenn sich die Unmöglichkeit dazu herausgestellt hat, die Frage geprüft werden soll, ob hier noch gespart werden kann. Deshalb ist es auch unrichtig, wenn jetzt bereits von einem bestimmten Satz dieser Kürzung, der von 5 bis 8 Prozent steigen soll, gesprochen wird. Auch hier will die Regierung — ebenso wie

bei den Völkern — eine enge Verbindung mit der Preissenkung herstellen, um den Reallohn der Beamten zu erhalten.

Wie das „Berliner Tageblatt“ meidet, wird die neue Kürzung der Beamtengehälter infolge der Verzögerung der Fertigstellung der Notverordnung über den November hinaus nicht, wie ursprünglich beabsichtigt gewesen sei, am 1. Dezember, sondern erst am 1. Januar in Kraft treten können. Sie werde auch nicht rückdatiert werden. Wie das Blatt weiter zu wissen glaubt, werde zugleich der Gedanke erwogen, die bei den Ländern durch ihre parallele Gehaltskürzung entstehenden Ersparnisse nicht den Kassen der Länder, sondern denen des Reiches zuzuführen. Der Vorschlag gehe dahin, der Gehaltskürzung nicht die Form eines Gehaltsabzuges zu geben, sondern sie etwa in der Form der „Reichshilfe“ an die Krisensteuern anzuhängen, so daß sie als Reichsteuer in vollem Umfang dem Reich zugute käme. Da die Länder gegen diesen Plan Einwände erheben dürften, sei es noch ungewiß, ob er feste Gestalt gewinnen werde.

Neuregelung der Zollermächtigung.

Wie die „D.N.Z.“ erfährt, steht eine gesetzliche Neuregelung der Zollermächtigung unmittelbar bevor. Es handelt sich um die Verlängerung des im März vom Reichstag verabschiedeten Gesetzes, das der Regierung die Möglichkeit geben sollte, die Getreidepreise den Schwankungen des Weltmarktes elastisch anzupassen. Das Gesetz erhielt bei der Schlußberatung im Reichstag eine Befristungsklausel, wonach die Zollermächtigung auf das damalige Kabinett begrenzt blieb. Diese Ermächtigung wird nunmehr auf dem Notverordnungsweg erneuert und verlängert werden.

Umbau der Sozialversicherung nicht durch Notverordnung, sondern durch Gesetz.

Der Umbau und die Vereinfachung in der Verwaltung der verschiedenen Sozialversicherungszweige soll, wie von zutreffender Stelle mitgeteilt wird, nicht durch Notverordnung erfolgen, sondern man beabsichtigt, ihn auf dem Wege der normalen Gesetzgebung durchzuführen. Alle daran interessierten Stellen, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Gemeinden und Länder sollen dazu gehört werden und man hofft, in eingehenden Aussprachen eine Verständigung zu erzielen und vor allem den Widerstand der Länder, die gewisse Beschränkungen ihrer Hoheitsrechte befürchten, zu beseitigen. Die Regelung auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung bedeutet natürlich, daß die Verwirklichung der Pläne sich noch einige Zeit hinziehen wird.

Die Kommunisten beantragen Einberufung des Reichstags.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Einberufung des Reichstags für Freitag, den 4. Dezember, beantragt. Es soll zu der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Reiches, zu den bevorstehenden neuen Notverordnungen sowie zu den besprochenen Vorfragen Stellung genommen werden. Auch soll eine außenpolitische Aussprache unter besonderer Berücksichtigung der Lage im fernem Osten erfolgen.

einer vollen Devisenerfassung recht nahe gekommen.

Die Lösung des Problems aber liege nicht hier. Vielmehr spiegelte sich in den sehr hohen Kreditrückzahlungen, die die Ursache der dauernden Devisenverluste seien, die politische Gesamtentwicklung und die weltwirtschaftliche Lage, die noch immer, wenn auch jetzt in begrenztem Umfang, jenen Run der Gläubiger auf Deutschland sich fortsetzen läßt, der Anfang Juni begonnen habe. Eine Lösung, die wirklich helfe, zu finden, sollte um eher möglich sein, als Deutschland seit vorigem Herbst annähernd 5 Milliarden Mark an das Ausland zurückgezahlt habe.

Tributkonferenz im Haag?

— U. Berlin, 1. Dez. Nach einer Meldung der „Börsenzeitung“ aus dem Haag verlautet in politischen Kreisen, daß von englischer Seite der Haag als Tagungsort der nach Basel für nächstes Jahr angedachten Reparationskonferenz vorgeschlagen wurde. Die Reichsregierung soll sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt haben, während Frankreich Cannes oder Brüssel in Vorschlag bringe.

Die europäischen Seemächte gegen Hoovers Vorschlag

— U. Newyork, 1. Dez. Der Washingtoner Ausschuss für Auswärtige Beziehungen gibt bekannt, daß wichtige europäische Seemächte gegen den im Jahre 1929 von Hoover gemachten Vorschlag, Nahrungsmittelschiffe im Kriegsfall ungehindert passieren zu lassen, Einspruch erhoben hätte. Die ablehnende Haltung werde damit begründet, daß der Plan die Bedeutung der Kriegsflootten außerordentlich stark vermindern und die kleinen neutralen Länder trotz ihrer unbedeutenden Flotten begünstigen würde.

Tages-Spiegel

Der neue Abmangel im Reichshaushalt wird amtlicherseits mit 400 Millionen angegeben, dürfte sich jedoch bis zum Jahresende noch wesentlich erhöhen.

Das Reichskabinett ist gegenwärtig damit beschäftigt, aus den Referentenentwürfen ein einheitliches Programm zu formen, welches in einer Ende dieser Woche zu erwartenden Notverordnung bekanntgegeben wird.

Adolf Hitler bezeichnet im Völkischen Beobachter das Gespräch, die NSDAP. verhandelt mit dem Zentrum zum Zwecke eines Eintritts in die Reichsregierung, als unrichtig und verbittet sich jede Bezeichnung von Seiten der Deutschen nationalen Volkspartei.

Der französische Finanzminister Flandin versucht, England in der Reparationsfrage auf Frankreichs Seite zu ziehen.

In Schlesien verhaftete die Polizei 45 Funktionäre des Roten Frontkämpferbundes, die sich zu einer Geheimtagung versammelt hatten.

Der Kreuzer Karlsruhe hat gestern seine zweite Auslandsreise angetreten, die ein volles Jahr dauern wird. Die Reise geht über Spanien und die Kanarischen Inseln nach Süd-, Mittel- und Nordamerika.

Die Lage der Kriegsbeschädigten

— U. Berlin, 1. Dez. In einer Sitzung des Kriegsbeschädigtenausschusses des Reichstages wurde auch die durch die letzten Notverordnungen geschaffene Rechtslage der Kriegsbeschädigten erörtert. Es kam dabei zum Ausdruck, daß die Kriegserwitwens- eltern und -waisen nicht nur durch die Notverordnungen, sondern noch mehr durch die neuen Bestimmungen über die Zusatzrenten und durch die Einschränkungen der Krank-Bezüge bei der Elternbeihilfe, der Witwen und Waisen, sowie der Erziehungsbeihilfe vielfach in Not geraten seien. Ferner wurde darüber geflagt, daß die ursprünglich völlig gebührenfreie Versorgung, Heilbehandlung, zu Ungunsten der Geschädigten belastet worden sei.

Flandins Londoner Besuch

— U. London, 1. Dez. Die amtlichen englischen Stellen verhalten sich auf Befragen über den Zweck des Besuchs Flandins und den Inhalt der Unterredungen, die er mit den englischen Ministern gehabt hat, außerordentlich zurückhaltend. Sie betonen, daß die Unterredungen durchaus inoffizielle gewesen seien. Die gegenseitigen finanziellen Interessen hätten in der Aussprache die Hauptrolle gespielt.

Daily Herald zufolge sollen die begonnenen Besprechungen auf dem üblichen diplomatischen Wege fortgesetzt werden. Aber es sei wahrscheinlich, daß noch weitere Zusammenkünfte zwischen den verantwortlichen Ministern beider Nationen stattfinden würden. Die Rückzahlung der von Frankreich gegebenen Kredite habe in den Besprechungen eine erhebliche Rolle gespielt. 15 Millionen Goldpfund seien am 31. Januar fällig und müßten, wenn Frankreich sich weigere, den Kredit zu erneuern, in Gold zurückgezahlt werden. Die englischen Minister hätten darauf hingewiesen, daß durch eine Opferung der Privatkredite zugunsten der Tribute der deutsche Wirtschaftskredit zerstört und Deutschlands Handelslagegelegt werde. Dadurch würden auch die Tributzahlungen unmöglich gemacht.

Neue Vorbehalte im Mandchureikonflikt

— U. Paris, 1. Dez. Der Zwölferrat hielt am Montag nachmittags wieder eine längere Sitzung ab. In Völkerbundskreisen wird die Lage erneut als unklar bezeichnet. Die japanische Abordnung hat neue Anweisungen aus Tokio erhalten. Sie verlangt das Polizeirecht in der Mandchurei. Die Chinesen fordern für die nach der Mandchurei zu entsendende Kommission das Recht, den Japanern Empfehlungen erteilen zu dürfen.

Der japanische Geschäftsträger in Peking hat sich nach Meldungen aus Tokio mit Marschall Tschangshueikang in Verbindung gesetzt, um eine Vereinbarung über die Errichtung einer neutralen Zone zwischen Mukden und Schanghai zu treffen. In Durchführung des japanischen Truppenrückzuges sind, wie „Morningpost“ aus Mukden meldet, bereits etwa 200 mit Truppen und Ausrüstungsmaterial beladene Eisenbahnwagen von der Tschingtschau-Front eingelaufen. Von den übrigen Truppen wird berichtet, daß bereits der größte Teil bis auf die Höhe von Ssinminsu zurückgezogen sei.

Ausfuhr und Devisenbewegung

Schon wieder eine Milliarde Schuldentrückzahlung an das Ausland — Die Lächer des Stillhalteabkommens — Deutschlands Wirtschaft bleibt vertrauenswürdig

Die anhaltende Anspannung der Devisenlage unserer Reichsbank veranlaßt übereifrige Auslandsblätter zu der Behauptung, daß Deutschlands Devisenpolitik verfaßt habe. Seit Mitte Juli dieses Umwälzungsjahres erlebten wir eine Fülle von Zwangsmaßnahmen für die Devisenführung der Reichsbank bis zu jener Brodenammlung, nach der Devisen sogar schon im Betrage von 200 Mark abgeliefert werden müssen, und die Reichsregierung trifft schon im Verlauf dieser Tage neue Maßnahmen zur Verschärfung der Devisenpolitik.

Deutschland tut schon, was es kann. Aber was es nicht kann, ist die Verhinderung der Folgen jenes üblen Stillhalteabkommens von Basel, das in Wirklichkeit keine Stillhaltung ist, diesem Begriff jedenfalls nicht vollkommen gerecht wird. Wenn das Ausland jetzt an unserer Devisenpolitik und ihrer Wirkung mäkeln will, dann müssen wir doch sagen: Erinnert Euch an Basel! Unsere Unterhändler kämpften dort tatsächlich mit allem Ernst und schützten die Folgen der unzureichenden Stillhaltungs- und Kreditpolitik nicht nur für uns, sondern auch für das Ausland. Die ausländischen Finanzmänner sind es gewesen, die nach so vielen unzureichenden Tributdiktaten auch das Stillhaltungs-diktat von Basel in dieser gefährlichen, zum Verfall bestimmten Form dem deutschen Volke auferlegten, so wie es ausländische Staatsmänner und Diplomaten waren, die angeblich Frieden schufen und dennoch den Krieg verlängerten unter schließlicher Erschütterung nicht nur der deutschen Finanz-, Wirtschafts- und politischen Lage, sondern unter Zerrüttung auch der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der eigenen Länder. Englische Politik ist es gewesen, die zum Pfundsturz führte, nachdem das Ausland vorher die Mark zugrunde gerichtet hatte. Englische Politik von Versailles erzeugte den Zustand im englischen Weltreich, die Abfallneigung fast aller Dominien und die revolutionäre Stimmung aller Kolonien. Amerikanische Politik gegen Deutschland schuf die amerikanische Arbeitslosigkeit. Deutschland war doch immer nur das Pferd vor dem Wagen der unzureichenden Auslandspolitik, so schwer beladen mit Fehlern, daß ihn das deutsche Pferd nicht mehr aus dem Dreck der Ententepolitik herausziehen kann und eben alles stecken bleibt.

Vor allem ist es nicht wahr, daß die deutsche Wirtschaft durch Stehenlassen der Auslandsdevisen den Nutzen der Stillhaltung, die Sammlung der deutschen Devisenkräfte, zum Nachteil des Auslands gefährde, das sein Geld irgendwann wieder haben will. Deutschland enthält es ihm schon jetzt nicht vor. Nach amtlichen Berechnungen sind seit Mitte Juli mindestens 1000 Millionen Goldmark, eine volle Milliarde, an Zinsen und Rückzahlung kurzfristiger und langfristiger Kredite ins Ausland geflossen. Es ist bekannt,

welche Beschleunigung diese Bewegung durch den Pfundsturz erfahren hat. Aber auch die Dollarcredite werden nach dem Wissen der Reichsbank in Summen von Hunderten von Millionen Mark zurückgezahlt, schon weil zahlreiche gesunde deutsche Unternehmungen durch die ungesunden Zinsätze nicht krank werden wollen.

Dem Auslande wäre überhaupt von der deutschen Devisenpolitik nicht nur, sondern auch von den berufenen amtlichen Stellen endlich einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß sein Geschrei über den deutschen Ausfuhrüberschuß gegen den eigenen Magen gerichtet ist. Je geringer der deutsche Außenhandelsüberschuß ausfällt, desto weniger können wir vom Ausland kaufen und desto schärfer schrumpft zum Nachteil aller die Weltwirtschaft zusammen. Wenn es möglich gewesen ist, notwendig war, daß trotz der Stillhaltung von Deutschland eine weitere Goldmilliarde zu den übrigen Milliarden, die bis zum 15. Juli so fröhlicherweise vom Ausland abgezogen wurden, dorthin zurückgefließen ist, dann wurde damit ganz einfach der Beweis erbracht, daß uns das Ausland die zugesagte Erholungsphase nicht gewährte, sondern unterm Schein der Stillhaltung seine Goldabzugspolitik fortsetzte.

Zur Verhinderung dieser Wirkung oder jedenfalls zur Vorbeugung gegen eine Verschlimmerung bleibt der deutschen Regierung nicht nur das Mittel der Verschärfung der Devisenpolitik, sondern auch der Weg einer planmäßigen Einfuhrdrosselung. Nach dem Oktoberergebnis dieses Jahres sank die deutsche Einfuhr seit 1929 im Monatsdurchschnitt von 1120 auf 575 Millionen Mark, also rund um die Hälfte, während der Rückgang der Ausfuhr Deutschlands sich im Monatsdurchschnitt von 1123 auf 811 Millionen Mark verminderte, also auf 70 Prozent hielt. Die Einfuhr der letzten vier Monate sank aber schon unter den Durchschnitt dieses Jahres, während die Ausfuhr gleichzeitig über dem erwähnten diesjährigen Monatsdurchschnitt lag. Zum Nachteil des Auslandes entwickelten sich also Einfuhr und Ausfuhr bei uns schon gegeneinander, das heißt, die Einfuhr sinkt und die Ausfuhr steigt oder hält sich doch wenigstens auf der gleichen Ebene. Wir fordern also, praktisch gesprochen, durch Einfuhrdrosselung ständig einen höheren Wirtschaftsbeitrag des Auslandes, um unseren Wirtschaftsverpflichtungen ihm gegenüber gerecht zu werden und haben die Möglichkeiten auf diesem Gebiete noch lange nicht erschöpft. Das ist eine Lage, aus der die deutsche Bevölkerung wenigstens noch die Hoffnung ziehen kann, daß sein Arbeiten und Sparen nicht vergeblich sein wird. Deutschlands Wirtschaft bleibt leistungsfähig und entfaltet neue Blüten in dem Ausmaß, in dem sie wieder Spielraum durch Entlastung vom Auslandsdruck gewinnt. Das gleiche gilt auch für unsere Finanzpolitik.

Die Arbeiten des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses

II. Paris, 30. Nov. Von amtlicher deutscher Seite in Paris wird folgende Verlautbarung herausgegeben: Von den vier Unterausschüssen des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses hat der zweite Ausschuß für Verkehrsfragen als erster seine Beratungen aufgenommen und am 27. und 28. November in Paris seine erste Sitzung abgehalten. Der Unterausschuß hat vier Sachverständigenausschüsse eingesetzt, die sich eingehend mit der Frage der Eisenbahnen, der See- und Binnenschifffahrt und der Luftfahrt beschäftigen und ist auf Grund der Ergebnisse zu der Auffassung gelangt, daß es möglich ist, zu einer Reihe von deutsch-französischen Abmachungen zu kommen, die eine wirtschaftliche Regelung des Verkehrs und eine engere Zusammenarbeit der beiden Länder im Gefolge haben werden.

Der Unterausschuß hat die einzelnen Vorschläge, die von den vier Sachverständigenausschüssen in diesem Sinne gemacht wurden, genehmigt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die zu treffenden Vereinbarungen in keiner Form gegen die Interessen dritter Staaten gerichtet sein dürfen. Sodann sollen die betreffenden Unternehmungen dritter Länder gebeten werden, sich an den Besprechungen zu beteiligen. Auf den von dem Unterausschuß ausgesprochenen Wunsch haben es die Mitglieder der Sachverständigenausschüsse übernommen, die Verhandlungen über die abzuschließenden Vereinbarungen unverzüglich aufzunehmen und sich, soweit notwendig, mit den Beteiligten in den dritten Ländern in Fühlung zu halten. Es kann jetzt schon der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß der Unterausschuß in der Lage sein wird, in kürzester Frist greifbare Ergebnisse der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu verzeichnen.

Das Gold als politisches Machtmittel

Frankreich bietet England eine Anleihe als Preis für anti-deutsche Reparationshaltung

Mit der Reise des französischen Finanzministers Lalandin nach London verdrängten sich die Gerüchte, daß Frankreich nunmehr den Versuch unternommen werde, England in der Reparationsfrage auf seine Seite zu ziehen. Die Pariser Presse betont durchweg, daß dem Besuch Lalandins große politische Bedeutung zukomme, und daß er den Auftakt zu einer langen Reihe von Verhandlungen bilde. Der außenpolitische Mitarbeiter des „Echo de Paris“ glaubt mitteilen zu können, daß sich die kommenden französisch-englischen Besprechungen auf die folgenden drei Punkte erstrecken werden: Zollfragen, Reparationsfragen und englische Pfundstabilisierung. Nach Ansicht des „Echo de Paris“ haben die Engländer allerdings mit der Stabilisierung ihrer Währung am allerwenigsten Eile. Die in Paris erscheinende „Chicago Tribune“ meldet andererseits aus

London, daß Frankreich bereit sei, als Gegenleistung für Zollkonzessionen und auf eine entgegenkommende Haltung Englands in der Frage der deutschen Reparationen und kurzfristigen Schulden der Londoner Regierung zur Pfundstabilisierung sehr hohe Summen zur Verfügung zu stellen.

Nach den Informationen des „Journal“ hat Lalandin den englischen Ministern zu der Frage der deutschen Reparationen erklärt, daß Frankreich nicht die geringste Neigung habe, auf seine Reparationsforderungen zu verzichten. Aber selbst wenn Frankreich dazu bereit wäre, so führte Lalandin den englischen Staatsmännern gegenüber aus, hätte Deutschland nicht genügend flüssige Mittel, um die englische Schuld zurückzuzahlen. Ein französischer Verzicht auf die deutschen Reparationen hätte also nur das eine Resultat: Nach der Befreiung von einer Last würde Deutschland sofort seine nächste Forderung, die Revision der Verträge, erheben.

Daß England seine Interessen bei den kommenden internationalen Verhandlungen vor allem in der Erhaltung der deutschen Wirtschaftskredite erblickt, geht aus Äußerungen hervor, die der Dominanzminister Thomas soeben auf einer Rede in Derby machte. Er sagte: „Unsere Hauptaufgabe ist es heute, den Wert des Pfund Sterling so hoch wie möglich zu halten. Ich würde das Volk täuschen, wenn ich nicht auf den Ernst der Lage hinwies. Nach wie vor wütet der Krieg zwischen China und Japan. Kriegsschulden, Reparationen und Privatschulden müssen während der nächsten Wochen überflichtet werden. Es ist nicht meine Aufgabe, ein Urteil über die Meinungen Deutschlands und Frankreichs zu fällen. Niemals aber in der Weltgeschichte gab es einen Augenblick, wo die gegenseitige Abhängigkeit deutlicher als jetzt war. Wenn Deutschland und Mitteleuropa zusammenbrechen, dann wird Amerika und werden wir selbst zwangsläufig die Rückwirkungen fühlen und darunter leiden. Die Staatsmänner müssen sich in den herrschenden Schwierigkeiten einzig mit dem Wunsch gegenübersetzen, vom Mißtrauen frei zu kommen und wenn möglich die letzten Ueberreste des Krieges zu beseitigen.“

Bildung eines Schutzverbandes deutscher Anleihehaber in Amerika

II. Newyork, 30. Nov. Seit langem trägt man sich in interessierten Bankkreisen mit dem Gedanken, die Inhaber deutscher Anleiheverträge in einem großen Schutzverband zusammenzuschließen. Dieser Plan hat auf die letzte Rede des französisch-amerikanischen Ministerpräsidenten in der Kammer einen derartigen Auftrieb erfahren, daß mit der Bildung des Schutzverbandes nunmehr bald zu rechnen ist. Es wird dabei ausdrücklich betont, daß es sich dabei lediglich um eine Vorstichtsmassnahme handle. Die Tatsache aber, daß Frankreich den Privatschulden den Vorrang vor den Reparationszahlungen aberkennen, lasse es zweckmäßig erscheinen, die 1 1/2 Milliarden Dollar, die in deutschen Staats-, Gemeinde- und Industrie-

anleihen angelegt seien, wirksamer zu schützen. Wie „Newyork Times“ erfährt, haben die betreffenden Bankkreise bereits mit Washingtoner Regierungsstellen Fühlung genommen. Letztere hätten die Notwendigkeit einer solchen Schutzorganisation zugegeben.

Offenlegung der Steuerlisten?

Aus einer Denkschrift an den Reichstag.

— Berlin, 30. Nov. Schon seit Jahren geht in Deutschland der Kampf um die Offenlegung der Steuerlisten. Die Befürworter stehen auf dem Standpunkt, daß durch die Offenlegung eine bedeutend stärkere Erfassung der Steuerquellen möglich sei und daß man diese Maßnahme nur als einen gerechten Ausgleich gegenüber der Gehalts- und Lohnempfängern, deren Besteuerung in der denkbaren öffentlichen Form vor sich geht, bezeichnen könne. Die Gegner der Offenlegung hingegen betonen, daß dadurch nicht im mindesten eine Mehreinnahme an Steuern erzielt werden könne, sondern, daß durch den Wegfall des Steuergeheimnisses nur die Kapitalflucht gefördert werden würde.

Um dem Streit ein Ende zu machen, hat der Reichstag am 20. Juni 1929 den Beschluß gefaßt, die Reichsregierung zu eruchen, eine Denkschrift vorzulegen, die eine Uebersicht darüber gibt, in welchen Ländern und in welcher Form die Offenlegung der Steuerlisten erfolgt, welche Erfahrungen damit gemacht und ob die Offenlegung der Steuerlisten die Kapitalflucht gefördert hat. Diese Denkschrift ist nunmehr dem Reichstag in Form einer umfangreichen Broschüre zugegangen. Ihr Inhalt ist jedoch so widerspruchsvoll, daß sich wahrscheinlich auch auf Grund dieser Denkschrift kein genaues Bild über die Frage, ob die Offenlegung der Steuerlisten gut oder schlecht ist, gewinnen lassen wird. Die in der Denkschrift angeführten Erhebungen erstrecken sich auf 51 Staaten in der ganzen Welt. Von diesen werden in 18 Ländern die Steuerlisten offengelegt, und zwar in Kolumbien, Danzig, Ecuador, England, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Norwegen, Oesterreich, Peru, Polen, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind die Steuerlisten bis zum Jahre 1926 offengelegt. Die Offenlegungsvorschrift wurde aufgehoben, weil, wie es in dem Bericht des Steueraussschusses hieß, durch die Offenlegung des von den verschiedenen Steuerzahlern gezahlten Einkommensteuerbetrages kein nützlicher Erfolg erreicht worden war.

In den Staaten, wo die Offenlegung besteht, äußert man sich über ihre Wirkung sehr verschieden. Danzig erklärt, daß von dem Recht der Einsichtnahme in die Steuerlisten nur in verschwindend geringem Umfang Gebrauch gemacht wird. Die Frage, ob die Offenlegung der Steuerlisten zu einer gerechteren Heranziehung der Pflichtigen geführt hat, wird verneint. Dagegen werden in Luxemburg die Erfahrungen von den zuständigen Stellen als durchaus günstig bezeichnet. Man ist der Ansicht, daß durch die Offenlegung der Steuerlisten eine gerechtere Besteuerung, als dies ohne Offenlegung möglich wäre, erreicht wird. In Paris wiederum steht man auf dem Standpunkt, daß die Offenlegung der Einkommensteuerlisten ohne wesentliche steuerliche Wirkung geblieben ist. Auch sei kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß die Offenlegung der Steuerlisten Anreiz zur Kapitalflucht gegeben habe. Die zuständigen österreichischen Stellen äußern sich folgendermaßen: Es könne nicht gesagt werden, daß durch die Offenlegung der Erwerbsteuerregister und der Zahlungsaufträge zur Einkommensteuer und zur Vermögenssteuer in höherem Maße, als dies ohne die Offenlegung möglich wäre, eine gerechte Besteuerung erzielt worden sei. Die Zugänglichkeit der Steuerdaten findet in der Öffentlichkeit nur geringes Interesse. Aus der Schweiz, wo ein besonderes Offenlegungssystem besteht, liegen aus den einzelnen Kantonen geteilte Auffassungen vor. Uebereinstimmung scheint lediglich darüber zu herrschen, daß eine Zunahme der Kapitalflucht durch die Offenlegung kaum zu befürchten ist.

Politische Kurzmeldungen

Der deutsch-österreichische Reiseverkehr erleidet schwere Hemmnisse, weil die deutschen Reichsbahnhalter an der Grenze Schillinge nicht mehr in Zahlung nehmen. — Der frühere Berliner Polizeipräsident Börgiebel ist zum Polizeipräsidenten von Dortmund ernannt worden. — In einer Parteireden in Königsberg erklärte der Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, die DVP, denke gar nicht daran, sich in die Abhängigkeit von Parteien der nationalen Opposition zu begeben. Sie glaube vielmehr, daß es zu einer Zusammenfassung der Kräfte des Bürgertums kommen werde. Notwendige Voraussetzungen für den Erfolg der außenpolitischen Verhandlungen sei eine starke nationale Front. — Auf einem Kolonialabend der Arbeitsgemeinschaft für das Auslandsdeutschtum in Köln führte Dr. Schacht aus, das leichteste von allen Mitteln in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht, mit dem man zu allererst den Anfang machen müsse, sei die Zuweisung kolonialer Gebiete an das erstickende und verkümmerte Deutschland. Hier könnte ohne irgendwelche Prestigeverluste praktische Arbeit geleistet werden. — In Polen sind sieben vom Standgericht in Baranowitsch zum Tode verurteilte Weisprussen hingerichtet worden. — Die Studentenausbreitungen vor der jüdisch-walisischen Gesandtschaft in Sofia anlässlich der Kundgebungen gegen das Friedensdiktat von Neuilly haben die Belgrader Regierung zu einem Protestschritt veranlaßt; sie fordert Bestrafung der Schuldigen und öffentliche Genugtuung. — Das Geheimnis der „Budapester Verschwörung“ klärt sich jetzt. Es handelt sich bei den Verhaftungen der Polizei nicht um die Aufdeckung eines Legitimistenplans, sondern um ein Komplott zur Ausplünderung der Budapester Banken. — Das internationale Zinkkartell hat auf einer Tagung in Brüssel die Einschränkung der Zinkproduktion um 50 Prozent ab 1. Dezember beschlossen.

Zahlt eure Handwerkerrechnungen!

Zu einer der unerfreulichsten Erscheinungen der gegenwärtigen Zeit gehört die leider weit verbreitete Gewohnheit, die Bezahlung von Handwerkerrechnungen auf die lange Bank zu schieben. Man ist leicht geneigt, der Bezahlung der meist kleineren Beträge die richtige Bedeutung nicht beizumessen. Bei jedem kleinen Handwerksmeister summieren sich aber diese Beträge. Er empfindet ihn besonders jetzt, wo erschreckend wenig Arbeits- und damit Verdienstmöglichkeiten für ihn bestehen, seine Außenstände hart. Er muß teure Zinsen für von ihm in Anspruch genommene Bankkredite bezahlen. Seiner Kundschaft waagt er diese aber nicht in Anrechnung zu bringen. Man möge doch bedenken, daß jeder Handwerksmeister, der eine gediegene, zweckgerechte und vollendete Arbeit geliefert hat, auch seines Lohnes wert ist. Er hat Material und Löhne bereits verauslagt und braucht doch für seine eigenen Bedürfnisse auch Geld. Wenn man ihm dieses vorenthält, schädigt man ihn und schwächt damit auch die Leistungsfähigkeit der gerade heute so notwendigen Mittelschicht.

SCB. Freudenstadt, 30. Nov. Am Sonntag wurde nochmals eine groß angelegte Nachforschung nach dem seit 30. Oktober vermißten Joh. Gg. Frey, Schulbauer von Schwarzenberg, angestellt. Freiwillig sich zur Verfügung stellende Bewohner aus Schwarzenberg und Schönmünzach rückten mit der Feuerwehr aus. Das Stauwasser des Murgwerks bei Kirchbaumwasen wurde abgelassen und sämtliche Weiber der Sägewerke bis nach Klosterreichenbach gestaut, damit das Wasser der Murg ganz niedrig wurde. Durch diese Maßnahme ist es gelungen, Frey unterhalb der Landesgrenze im Wasser liegend aufzufinden. Die amtliche Untersuchung hat einwandfrei ergeben, daß ein Unglücksfall vorliegt. Als Todesursache wurde Herzschlag festgestellt, den Frey vermutlich beim Sturz in die Tiefe erlitten hat.

SCB. Rottenburg, 30. Nov. In der letzten Gemeinderats-Sitzung gab der Vorsitzende bekannt, daß die württembergische Staatshauptkasse die Ablieferung von mindestens drei Zwölfstel des Lieferungsfolks des staatlichen Anteils an der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und an der Gebäudeerschulungssteuer bis zum 5. Dezember verlange, widrigenfalls

Wahl-Drucksachen

aller Art liefert rasch und billig die Druckerei ds. Bl.

Verzugszuschläge in Höhe von 5 Prozent für den angefangenen halben Monat der Gemeinde aufgerechnet werden. Der Stadtvorstand erklärte hierzu, daß eine so kurzfristige Beitreibung der Steuerrückstände und die Aufrechnung von Verzugszuschlägen in Höhe von 120 Prozent in Rottenburg nicht durchführbar und gleichbedeutend mit der Vernichtung der Existenz der Steuerzahler sei. Der Gemeinderat schloß sich einem vom Vorsitzenden an die Staatshauptkasse eingereichten Stundungsgesuch nachdrücklich an.

SCB. Stuttgart, 30. Nov. In einem Hause der Marienstraße wurden abends ein 33 Jahre alter Mann und eine 24 Jahre alte Frau tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Einatmen von Gas vor. — In einem Hause der Römerstraße verübte eine 25 Jahre alte Hausangestellte durch Einnehmen einer größeren Menge von Schlafmitteln einen Selbstmordversuch. Sie wurde in das Marienhospital übergeführt. — In selbstmörderischer Absicht brachte sich in einem Hause der Wagnerstraße eine 36 Jahre alte Frau Schnittverletzungen am linken Handgelenk bei. Sie wurde in das Katharinenspital verbracht.

SCB. Bodnang, 30. Nov. Abends um 6 Uhr wollte der verheiratete, gegen 58 Jahre alte Postschaffner Friedrich Spedmaier von hier, nachdem er die Post von dem von Stuttgart kommenden Personenzug abgeholt hatte, über das Gleis hinübergehen, um seine Post abzuliefern. Dabei überfuhr er den gerade von Dörsingen kommenden Zug und wurde von der Lokomotive erfaßt. Der Handwagen wurde auf den Gehweg des Bahnsteigs geschleudert. Er selbst besaß noch soviel Geistesgegenwart, sich an dem unteren Querbalken der Lokomotive festzuhalten. Er wurde von der noch nicht zum Stillstand gekommenen Maschine mitgeschleift und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Landesproduktenbörse

SCB. Stuttgart, 30. Nov. Auch in abgelaufener Woche verkehrte der Getreidemarkt in ruhiger Haltung. Die Differenzen vom Ausland waren ermäßigt; inländischer Weizen folgte nur zögernd dieser Abwärtsbewegung, während Roggen seinen Preis nahezu behaupten konnte. Der Geschäftsgang ist nach wie vor schleppend. Es notierten je 100 Kg. württ. Weizen 23-25 (am 23. Nov.: 23-25,50), Sommergerste 17,50-19,50 (18-20), Futtergerste 16-17 (17-17,50), Roggen 21,50-23 (unv.), Hafer 14-16 (unv.), Weizenheu (loose, neu) 5-5,50 (unv.), Kleeheu (loose, neu) 5,50-6,50 (unv.), drahtgepresstes Stroh 3,50-4,25 (unv.), Weizenmehl Spezial 0 38-38,50 (38,75-39,25), Roggenmehl 30-30,50 (30,75 bis 31,25), Kleie 9,50-10 (unv.) Mark.

L.C. Berliner Produktenbörse vom 30. Nov.

Weizen märk. 223-226; Futterweizen 206-208; Sommerweizen 226-229; Roggen märk. 198-200; Braugerste 160 bis 170; Futter- und Industrieergerste 155-159; Hafer märk. 143 bis 148; Weizenmehl 28-32; Roggenmehl 26,90-29,20; Weizenkleie 10-10,50; Roggenkleie 10,50-11; Viktoriaerbsen 23 bis 30; K. Speiseerbsen 25-28; Futtererbsen 17-20; Lupinen 17-19; Ackerbohnen 16,50-18; Weiden 17-20; Fencheln, blaue 11-12,50; dto. gelbe 13-15; Feinkuchen 13,40 bis 13,60; Erdnufstuchen 12,90-13,10; Erdnufstuchmehl 12,80-13; Trockenschnitzel 6,10-6,20; Speisefartoffeln, weiße 1,40-1,50; dto. rote 1,50-1,70; Dönerwälder, blaue 1,70-1,90; andere, gelbl. 1,90-2,20; Fabrikartoffel in Pfg. 7-8,5. Allgemeine Tendenz: etwas fester.

Schweinepreise

Befahheim: Milchschweine 7-9, Läufer 14-42 M. — Bopfingen: Milchschweine 7-13, Läufer 28-31 M. — Hall: Milchschweine 8-15, Läufer 21-25 M. — Kirchheim u. T.: Milchschweine 7-16, Läufer 30-50 M. — Pfenningen a. S.: Läufer 16-22, Milchschweine 5-9 M. — Ravensburg: Ferkel 7-16, Läufer 18-20 M. — Saulgau: Ferkel 10-12 M.

Die örtlichen Kleinhandeldpreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandeldpreisen gemessen werden, da für jene noch die von wirtschaftlichen Verhältnissen in Aufzählung kommen. Die Gewährleistung.

Georgenäum Calw.

Heute Dienstag, 1. Dez. 1931, abends 8 Uhr im Saal des Georgenäums

Lichtbilder-Vortrag

von Professor Dr. Wunderlich (Technische Hochschule Stuttgart):

„Der moderne Weltverkehr und seine Probleme“.

Die verehrliche Einwohnerschaft von Calw u. Umgebung wird hierzu freundlichst eingeladen. Der Georgenäumsrat.

Das Vertrauen der Käufer

kann man nicht durch eine einmalige Werbung erlangen. Die Wiederholung bringt Erfolge. Begnügen Sie sich jetzt nicht mit einer Anzeige, wenn Sie zu Weihnachten bessere Geschäfte machen wollen. Ihr bester Helfer in der Kundenwerbung.

Calwer Tagblatt

Attibulach Im Wege der Zwangsvollstreckung

versteigere ich am Mittwoch, den 2. Dez. ds. Js., vormittags 11 Uhr, gegen bare Bezahlung: 4 Fässer mit Most je zirka 300 Liter haltend. Zusammenkunft b. Rathaus. Weidenbach Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Einen gutenhaltenen Diplomaten-Schreibtisch eventuell mit Hocker, zu kaufen gesucht. Angebote erbeten unter H. 281 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Braunes Hafermehl Hagenbuttenherne empfiehlt F. Kottenmacher

Abholung der Steuerkarten für 1932.

An die hier wohnhaften Arbeitnehmer (Empfänger von Lohn, Gehalt, Ruhegehalt, Witwengeld und dgl.) ergeht die Aufforderung, die für das Kalenderjahr 1932 ausgestellten Steuerkarten auf dem Rathaus (Zimmer Nr. 3) abzuholen.

Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, seine Steuerkarte dem Arbeitgeber bei Beginn eines Kalenderjahres oder bei Beginn des Dienstverhältnisses auszuhändigen. Solange die Aushändigung nicht erfolgt ist, muß der Arbeitnehmer bei den Lohnzahlungen im Jahre 1932 vom vollen Lohnbetrag — 10 v. H. ohne Abzug steuerfreier Beträge als Steuer einbehalten. Rechtzeitige Abholung der Steuerkarten ist daher nötig.

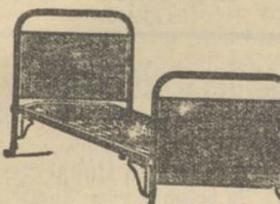
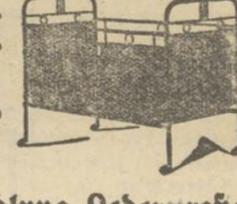
Der Arbeitgeber hat die Steuerkarte zum Steuerabzug während der Dauer des Dienstverhältnisses aufzubewahren und sie dem Arbeitnehmer am Ende des Kalenderjahres oder bei Beendigung des Dienstverhältnisses zurückzugeben.

Die Ausstellung von Steuerkarten für Personen, deren Arbeitslohn voraussichtlich den Betrag von wöchentlich — 24 RM., monatlich — 100 RM. nicht übersteigt (z. B. für Lehrlinge, weibliche Dienstboten) ist unterblieben und erfolgt nur auf Antrag.

Für die in den hiesigen Fabrikbetrieben beschäftigten und hier wohnhaften Personen sind die Steuerkarten den betriebsverwaltungen direkt zugestellt worden. Calw, den 28. November 1931.

Städt. Steueramt. Javelstein Im Wege der Zwangsvollstreckung versteigere ich am Mittwoch, den 2. Dez. ds. Js., vormittags 9 Uhr, gegen bare Bezahlung: 22 Platten Sperrholz 1 Stoß forch. Bretter zirka 6 Kubikmeter. Zusammenkunft b. Rathaus Weidenbach Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw.

Bettstellen für Erwachsene und Kinder empfiehlt Carl Herzog, Eisenhandlung, Ledervstraße.

Achtung! Achtung!

TOTAL-AUSVERKAUF

wegen Geschäftsaufgabe.

Ich räume rücksichtslos!

Nichts kann vor **Weihnachten** gerufener kommen, als mein Ausverkauf.

Raus muß die Ware um jeden Preis.

Deshalb: **Zu ungewöhnlicher Zeit aus außergewöhnlichem Anlaß ganz ungewöhnlich billige Preise!**

Ich gewähre:

Auf Rot	gezeichnete Waren	15% Rabatt
„ Grün	„	20% Rabatt
„ Blau	„	30% Rabatt
„ Schwarz	„	40% Rabatt
„ Gelb	„	50% Rabatt

Beginn **Montag, den 30. November**

Scheu DAS HAUS DER STOFFE Pforzheim, Westliche 15

Das gibts nur einmal! Das kommt nie wieder!

Amtl. Bekanntmachungen

Calw. Bekanntmachung der Wahlvorschläge zur Gemeinderatswahl

Zu der am Sonntag, den 6. Dezember 1931, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr stattfindenden Gemeinderatswahl sind die nachstehenden 7 gültigen Wahlvorschläge eingereicht worden.

- Weiter wird bekanntgegeben:
- Miteinander verbunden sind: in Gruppe I die Wahlvorschläge Nr. 2 und 3; in Gruppe II die Wahlvorschläge Nr. 1 und 7.
 - Die Wahlberechtigten können nur solche Bewerber wählen, die in die öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge aufgenommen sind.
 - Der Stimmzettel darf höchstens 10 Namen enthalten. Der Wähler darf jedoch innerhalb dieser zulässigen Gesamtstimmenzahl einem Bewerber durch Wiederholung des Namens oder Beifügung von Zahlenzeichen bis zu 3 Stimmen geben. Eine Bezeichnung, wie die Stimmabgabe erfolgt, ist aus einer weiteren, am Rathaus angehängten Bekanntmachung zu ersehen.

Calw, den 30. November 1931.
Vorstand des Wahlvorstands:
Bürgermeister G. H. n. e. r.

Gültige Wahlvorschläge:

Nr. 1 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)

Wurster, Georg, Kaufmann
Kling, Emil, Fabrikarbeiter
Gehring, Karl, Bäckermeister
Olpp, Paul, Buchhändler
Eberhard, Ludwig, Bautechniker

Nr. 2 Bürgerverband, Wahlgruppe I.

Kau, Martin, Postinspektor
Schürle, Hermann, Bäckermeister
Giebenrath, Adolf, Küfermeister
Stüber, Karl, Kaufmann
Kaufer, Friedrich, Oberamtspfleger
Schmid, Karl, Fabrikdirektor
Weiger, Otto, Sattlermeister
Conz, Elise, Stadtschulth. Witwe
Kirchherr, Karl, Bäckermeister
Hengstberger, Arthur, Rechnungsrat

Nr. 3 Bürgerverband, Wahlgruppe II.

Rheinwald, Ernst, Rechtsanwalt
Schaub, Wilh. jr., Schäftelemacher
Bauer, Friedrich, Güterbesorger
Waidelich, Karl, Metzgermeister
Proß, Karl, Verwaltungsdirektor
Wörner, Karl, Färbermeister
Knecht, Jakob, Kaufmann
Autenrieth, Oskar, Dr. med. prakt. Arzt
Müller, Adolf, techn. Reichsbahninspektor
Weiß, Gottlob, Gast- und Landwirt

Nr. 4 Sozialdemokratische Partei

May, Bruno, Metzger
Schiele, Wilh., Lokomotivführer
Beigel, Theo, Zollsekretär
Ulrich, August, Kaufmann
Meyle, August, Schultheiß a. D.
Wezel, Ernst, Zigarrenmacher, (s. St. arbeitslos)
Juff, Erdmann, Hilfsarbeiter, (s. St. arbeitslos)
Heilemann, Franz, Buchdrucker
Blankenborn, Wilh., Zugführer
Graf, Leonhard, Schriftsetzer, (s. St. arbeitslos)

Nr. 5 Kommunistische Partei

Kiepp, Paul, Lagerarbeiter
Ballmann, Hans, Tapeziermeister
Kiepp, Wilhelm jr., Appreteur
Proß, Wilhelm, Hilfsarbeiter

Nr. 6 Städtischer Hausfrauenverein Calw

Bäuchle, Elise, Hausfrau
Kentschler, Anna, Hausfrau
Schlach, Felicitas, Hausfrau
Alldinger, Lydia, Hausfrau
Mühlberger, Sofie, Hausfrau

Nr. 7 Unpolitische Wähler aus Gewerbe- u. Landwirtschaft

Ziegler, Adolf, Metzgermeister und Wirt
Eberhard, Maria, Hausfrau, Raminsegermeisters-Witwe
Schad, Fritz jr., Küfermeister
Widmann, Eugen, Gipfmeister
Kling, Matthäus, Landwirt, im Hau.

Mütterberatungsstunde

morgen Mittwoch, den 2. Dezember 1931, nachmittags 3 bis 4 Uhr, im Hause der Frau Ludwig Schütz Witwe, Bischofsstraße, Erdgesch. links.

Größere Anzeigen

wolle man im eigenen Interesse möglichst tags zuvor aufgeben!

„Die politischen Vorgänge und unser Kampf um die Gemeinden“

Ueber dieses Thema spricht in einer

öffentlichen Versammlung

morgen Mittwoch, den 2. Dezember, abends 8 Uhr im Weiß'schen Saal in Calw

A. Pflüger, Präsident des Württ. Landtags
Anschließend: Rathausbericht.
Hiezu werden die Wählerinnen und Wähler aller Stände und Berufs der Stadt Calw freundlichst eingeladen.

Sozialdemokratische Partei, Ortsgr. Calw Zur Gemeinderatswahl.

- O, wie war man jüngst entzückt, Als das Blatt man nahm zur Hand, Weil, was oft uns hat bedrückt, Nunmehr glatte Lösung fand, Daß sich nämlich die Parteien, Die sich sonst meist entzweiten, Einheitsvoll und mit Verstand Einigten zum Wahlverband.
- Solche Einigkeit ist löblich, Eine echte Männerart, Ist es doch ganz unerheblich, Ob sich ein Gemeinderat Zur Demokratie bekennet Oder Volksparteiler nennet, Ist er nur ein rechter Mann, Sieht man die Partei nicht an.
- Doch ach, ach, der Freude Binnen Dauerten nur kurze Zeit, Frauenseitig tat mißgönnten Man der Männer Einigkeit; Wollte auch im Fall der Wählung Grad wie einst bei der Vermählung Und auch später, hier und dort, Haben stets das letzte Wort.
- Ist's nicht schrecklich? Statt zu weben, Wie der Dichter es gewollt, In das graue Alltagsleben Himmelsrosen trauf und hold — Steht die Köpfe man zusammen, Übergebet frachs die Männen, Stellt 'nen eignen Zettel auf Und setzt seine Namen drauf.
- Wozu hat emanzipiert Man sich auch im Lauf der Zeit? Daß man kühnlich aquiriert Mannesrecht und Wählbarkeit. Kann doch selbst man tapezieren, Notfalls gar sich duellieren, Schmerzlos zwar, ohn' Sekundant, Just da, wo der Streit entbrannt.
- Oder wenn, wie oft im Leben, Eine Meinungsdissonanz Sich ergab und das Bestreben, Sie zu glätten, glickt nicht ganz, Zeigt man, daß, was einst entrechtigt, Jesho durchaus gleichberechtigt, Und entscheidend dann man spricht: „Nur, das vatesst Du nicht.“
- Also hat man seine Rechte Teils bewiesen, teils erkämpft, Und beim männlichen Geschlechte Die Alleinherrschaft gedämpft. Man wird voreerst Kandidatin, Ja, vielleicht Gemeinderätin, Je nach Alter und Gesicht, Würde oder Schwergewicht.
- Doch von jeher war es Übung, Daß zu Frau'n man höflich sei, Wird ihr Wahlwunsch uns zur Fügung, Ist dennötten zweierlei: Ein'ge Sessel zu erbreitern Und den Ratsaal zu erweitern, Damit für das Publikum Platz genug im Saal herum.
- Alsdann mag sich kühn entfalten, Was als Weilchen licht und zart Seither nieder ward gehalten Durch der Männer herr'sche Art: Lippen werden sich entschleusen, Redesluten sich ergehen Zu der holden Frauen Preis. — Weidenswerter Stadtschultheiß!
- Dieses hatten wir gedichtet, Als der Montag kam heran, Näh ist unser Traum vernichtet, Grau sieht sich der Alltag an. Also bringen Frauenlaunen Einen nicht mehr aus dem Staunen, Ausgerutscht ist die Kuratsch, Man sitzt da in der Plantasch!

H. S. & Co.

Wählen

Sie; meine sehr geehrten Damen! —

Dauerwellen

Sie erscheinen Ihrem Herrn Gemahl, Ihrem Bräutigam viel reizender und schöner!

Gewissenh. Ausführung garantiert. Ortsübliche Preise, Wickel 80 ¢

Damenfriseur Fröhlich
Bahnhofstr. 46 Fernr. 318

Double-Zwicker

mit Futteral gefunden. Abzuholen bei **Ludwig Binder** Altbürgerstraße 67.

Hausteil

in sommerlich. Lage u. bestem baulichen Zustand m. eingeb. Backofen, für Handwerk u. Privatlich gleich geeignet, umländerhalber günstig zu verkaufen. Man wende sich an

Reichert an der Brück' Alzenberg.

Zu **Weihnachtsgechenken** empfehle ich meinen garantierten reinen

Kirchengeist und Zweifelschnaps

Kentschler zum „Röhle“



Um Antrag suche ich einen raffineren Pfeffer- u. Salz-

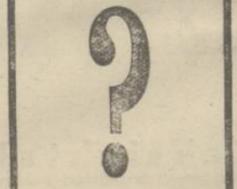
Schnauzer-

Rüden zu kaufen. Angebote von Wilschrasen zwecklos. Wachsamkeit und Reinlichkeit Bedingung. Anträge an

Reichert an der Brück'

Wie

sollen die Leute es erfahren, daß Sie etwas zu verkaufen haben, wenn Sie es nicht bekannt machen



Geben Sie noch heute eine kleine Anzeige im Calwer Tagblatt auf. Sie werden von dem Erfolg überrascht sein.

Fischreusen

stets vorrätig, alte werden prompt und billig repariert. **S. Bauer, Schlosserei** Erensmühl

Die schönsten Kleider zu billigsten Preisen bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Statt Karten!
Siegmund Aks
Marga Aks
geb. Kohler
Dermähfte
Berlin-Spandau Berlin-Calw
1. Dez. 1931.

Öffentliche Versammlung

Am Freitag, den 4. Dezemb. 1931, abends 8 Uhr spricht im Weiß'schen Saal in der Badstraße in Calw **Pic. Pfarrer Schmidt**

aus Bochum, über das Thema: **„Der Volksdienst in der Front der nationalen Aktion.“**
Jedermann ist herzlich eingeladen.
Freie Aussprache. Keine Restauration.
Christlich sozialer Volksdienst Ortsgruppe Calw.

Verkauf von Handarbeiten
zu Gunsten **Hilfskasse des Evang. Volksbunds**
der
morgen **Mittwoch, 2. Dezember,**
im Saal des **Bereinshauses von 1 Uhr nachm. an**
Abends 8 Uhr

Familienabend

mit Ansprachen, Vorlesen und musikalischen Darbietungen
Gelegenheit zu **Erfrischungen** ist geboten.
Klagen, Jammern kann bald jeder, Besser wird's drum nicht; Komm und hilf, die Tat alleine Fällt noch ins Gewicht!

Motor-Sport-Club Calw (A. D. A. C. Ortsgruppe)
Donnerstag, abends 8 Uhr
Monatsversammlung
im Clublokal

Lungenverschleimung
hartnäckiger Husten, Luftröhrenkatarrh, Keuchhusten, Bronchialkatarrh, Asthma usw. behebt und lindert selbst in veralteten Fällen der schleimlösende **Deilheim's Brust- und Lungentee**
Preis Mk. 1.25. In haben in allen Apotheken, bestimmt **Alle Apotheke Calw, Apotheke in Liebengzell.**

Bauplanung Bauberatung Bauleitung
Diplomingenieur Richard A. Müller
Architekt, Calw, Bahnhofstraße 35.

Die Wanderarbeitsstätte
liefert auf die Bühne
schön gespalt., trockenes Brennholz
zu 2.00 Mk. für 1 Zentner
und Anzündholz in Bündeln
zu 25 Pfg. für 1 Bund
Bestellungen **Oberamtspflege** Fernsprecher 100
nimmt entgegen

EXISTENZ
Wir suchen für den hiesigen Bezirk einen umsichtigen talkraft. Herrn, der unser hier bereits mit **bestem Erfolg** begonnen. Unternehmen weiterführt.
Monatl. Einkommen RM. 400.—
Reil. wird nur auf einwandfr. Herrn mit bestem Leumund und etwas Kapital.
Weiteren Anschluß erteilt unser **H. Kopp** am **Mittwoch, den 2. Dezember, von 10—1 Uhr** im Hotel Waldhorn.